

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Sofortige Schulgeldfreiheit ermöglichen – Tatsächliche Ausbildungsbedarfe in den Therapieberufen anerkennen!

Am 6. Juni 2017 hat die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz im Rahmen der Beantwortung einer Berichtsbitte in der zuständigen Deputation ihre Absicht bekräftigt, in die Schulgeldfreiheit für die therapeutischen Gesundheitsfachberufe einzusteigen. Diese Entscheidung ist richtig, um dem immer deutlicher werdenden Fachkräftemangel effektiv zu begegnen und das Land Bremen als modernen Gesundheitsstandort weiter voranzubringen. Durch die Senatorin und den zuständigen Krankenhausplanungsausschuss wurde ein Vorschlag erarbeitet, der den Einstieg in die Schulgeldfreiheit für jene Schülerinnen und Schüler vorsieht, die ab dem Jahr 2018 ihre Ausbildung neu beginnen. Damit sollte einerseits gewährleistet werden, dass der Einstieg sichergestellt wird, die finanziellen Möglichkeiten des Landes Bremen aber andererseits nicht überstiegen werden. Ziel des Vorhabens war eine ausgewogene Finanzierung der Ausbildung zwischen dem Land Bremen, den Krankenkassen und den Trägern der Schulen.

An den Therapieschulen im Land Bremen führt diese Entscheidung des Senats allerdings schnell zu erheblichen Ungleichgewichten, Konfliktsituationen und empfundenen Ungerechtigkeiten. Schülerinnen und Schüler könnten sich darüber hinaus nach Beginn des Ausbildungsjahres 2018 gedrängt sehen ihre Ausbildung abzubrechen, um sich ein oder mehrere Jahre zurückstufen zu lassen, nur um kein Schulgeld mehr zu bezahlen. Angesichts der Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung und eines zügigen Wechsels von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt erscheint dieses Vorgehen wenig förderlich.

Neben dieser möglichen Ungerechtigkeit zwischen den Schülerinnen und Schülern, gibt es seit dem Juni 2017 allerdings zwei neue Entwicklungen, die den sofortigen und allgemeinen Einstieg in die Schulgeldfreiheit notwendig erscheinen lassen. Erstens wurden am 30. April 2018 die Ergebnisse des Gesundheitsberufe-Monitorings durch die Senatorin vorgestellt. In Bezug auf die Therapieberufe ist das Monitoring sehr eindeutig: Bis 2035 werden aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und den mangelnden Ausbildungskapazitäten in den beiden Berufszweigen alleine rund 550 Physio- und Ergotherapeuten fehlen. Zur Lösung des Fachkräftemangels in Bremen und Bremerhaven ist demnach nicht nur der Einstieg in die Schulgeldfreiheit, sondern auch

ein bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildungsplätze nötig. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass sich beide Maßnahmen vor allem an den Bedarfen des Landes orientieren, damit nicht übermäßig viele Bewerber nach ihrer Ausbildung ins niedersächsische Umland abwandern. Der Einstieg in die Schulgeldfreiheit erscheint deshalb nur möglich und sinnvoll, wenn er unter Berücksichtigung der Ausbildungsbedarfe vollzogen wird. Andererseits könnten Fehlanreize gesetzt werden, die vor allem Bewerber aus den Umlandgemeinden anziehen. Auch mit Blick auf die Gesetzliche Krankenversicherung und ihre bremischen Beitragszahler ist diese Voraussetzung zwingend. Zweitens hat die Arbeitnehmerkammer mit ihrem Bericht zur Bedeutung der Gesundheitswirtschaft aufgezeigt, dass die Fachkräftesicherung und die Qualität der Arbeit zentrale Innovationsfelder mit erheblichen Potentialen sind.

Dementsprechend darf die Investition in die Schulgeldfreiheit der therapeutischen Gesundheitsfachberufe nicht als reiner Ausgabenposten gesehen werden. Viel eher sollte das Land Bremen die Chance nutzen und die vollständige Schulgeldfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler gewährleisten.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. die Schulgeldfreiheit ausnahmslos für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, die sich zum Ausbildungsjahr 2018 an den Therapieschulen befinden und keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Jahrgängen zu machen.
2. die Gewährleistung der Schulgeldfreiheit mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Schul- und Ausbildungsplätze in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen zu verbinden und dabei insbesondere die auftretenden Bedarfe des Landes Bremen unter Beachtung des Gesundheitsberufe-Monitorings 2018 zu berücksichtigen.
3. die Finanzierung der Schulgeldfreiheit mit den weiteren Kostenträgern zu verhandeln. Hilfsweise die Schulgeldfreiheit in den Jahren 2018 und 2019 durch Eigenmittel des Landes Bremen sicherzustellen.

Rainer Bensch, Sina Dertwinkel, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU